



# Niederschrift

über die 39. Sitzung des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld  
am 15.02.2024

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366  
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20:13 Uhr

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften und Abstimmung über die Niederschriften des Kreistages vom 09.11.2023 und 14.12.2023
- 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse sowie Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Beteiligungsbericht 2022
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 10.1 Schülerbeförderung für das Schuljahr 2024/2025 BV/0921/2023
- 10.2 Aufnahme eines Kredites BV/0929/2023
- 10.3 Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0931/2024
- 10.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0930/2024
- 10.5 Nachwahl der weiteren Vertreterin der IHK Halle-Dessau für die V. Wahlperiode der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg BV/0925/2023
- 10.6 Benennung eines beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses BV/0927/2023
- 10.7 Antrag der Fraktion CDU-FDP zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Bildungs- und Sportausschuss BV/0933/2024
- 11 Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

## Öffentlicher Teil

### Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Wolpert, Vorsitzender, eröffnete die 39. Sitzung des Kreistages.

### Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolpert erklärte, dass der Landrat erkrankt sei und durch Herrn Krüger vertreten wird.

Zu Beginn der Sitzung waren 44 Mitglieder des Kreistages anwesend. Der Kreistag war mit 81,48 % beschlussfähig.

### Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge.  
Die Tagesordnung wurde einstimmig mit 44 Ja-Stimmen bestätigt.

### Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Gästen.

### Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften und Abstimmung über die Niederschriften des Kreistages vom 09.11.2023 und 14.12.2023

Zum öffentlichen Teil der Niederschriften vom 09.11.2023 und 14.12.2023 lagen keine schriftlichen und mündlichen Einwendungen vor.

(Herr Schenk gekommen = 45 Mitglieder = 83,33 %)

Herr Olenicak wies darauf hin, dass in der Niederschrift vom 14.12.2023 unter Punkt 4. die Jahreszahl 2023 heißen muss, nicht 2022.

Frau Zoschke sagte, dass am 09.11.2023 Dr. Trummel zur Kreistagsitzung anwesend war und dort einige Fragen gestellt hatte. Anschließend war er auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss und stellte dort ähnliche Fragen. Frau Zoschke bat darum, da die

Antworten dem Protokoll nicht beigefügt waren, dass diese den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Mölle** teilte mit, dass er sich für den 09.11.2023 telefonisch abgemeldet habe, auf der Anwesenheitsliste dies aber nicht vermerkt wurde.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 09.11.2023 wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, bestätigt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 14.12.2023 wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, bestätigt.

**Punkt 6. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen**

Es wurden keine Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages am 14.12.2023 gefasst.

**Punkt 7. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse sowie Informationen der Verwaltung**

**Herr Krüger** gab Informationen zu den Beschlüssen der beschließenden Ausschüsse des Kreistages Anhalt-Bitterfeld. Er verwies hierbei auf das Amtsblatt vom 19.01.2024, Ausgabe 1.

**Herr Krüger** gab folgende Informationen zum Baufortschrittsbericht:

Leitstelle Bitterfeld

Das Los 1 Gründungsvorbereitung ist planmäßig fertiggestellt.

Los 2 - Rohbauarbeiten befindet sich in der Angebotsphase, geplante Zuschlagserteilung im April 2024.

Los 20 – Leitstellentechnik, LV für Mitte Februar anvisiert.

Sekundarschule Cervisti Zerbst

Die 2. Ausschreibung zur Allgemeinen Ausstattung musste ebenfalls aufgehoben werden und wird in 2024 erneut ausgeschrieben.

Die Außenanlagen werden in 2024 verschoben.

Die Schule ist seit 30.10.2023 in Nutzung.

Ersatzneubau Turnhalle Völkerfreundschaft

aktuell in der Ausschreibungsphase:

Los 15 - Malerarbeiten

Los 10 - Innentüren

Los 19 - Ausstattung

Los 18 Außenanlagen

aktuell in der Auftragsphase:  
Los 14-1 - Sportboden  
Los 14-2 - Prallwand

#### Bautenstand:

Die Rohbauarbeiten sowie Dachabdichtungsarbeiten wurden fertiggestellt. Sämtliche Fenster wurden bzw. sind verbaut. Die Rohinstallationen der Gewerke Elektro- sowie Heizungs- und Sanitärtechnik sind fertiggestellt. Aktuell werden die Trockenbauwände geschlossen. Die Innenputzarbeiten starten in der 09. KW.  
Fertigstellungstermin: Die aktuell geplante Fertigstellung erfolgt Ende Juli 2024.

#### Sekundarschule Völkerfreundschaft

Die Bauarbeiten sind abgeschlossen. Die Schule wurde am 15.12.2023 offiziell übergeben. Derzeit erfolgen noch Restleistungen an den Außenanlagen sowie die Erstellung der Dokumentationsunterlagen.

#### Digitalpakt Schulen

Mengen für die aktive Technik wurden ermittelt. Die Materialien, die Montage und Inbetriebnahme werden über die KITU bezogen. In allen Schulen wurde die Auskundung durchgeführt. Der Planer ist bei der Ausarbeitung der Unterlagen und Leistungsverzeichnisse.

In 7 Schulen (SK Roitzsch, FöS An der Kastanie, FöS Erich-Kästner, SK Rüsternbreite, FöS Hartmann, BbS Köthen und SK Muldenstein) wurden Bauanlaufberatungen durchgeführt. Als Fertigstellungstermin wurde der 23.08.2024 vereinbart. Im Ludwigsgymnasium sind die Bauarbeiten beendet.

Für folgende Schulen werden aktuell die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet:  
Francisceum – Am Weinberg, SK Gröbzig, SK Helene-Lange, FöS Sonnenland

#### Breitbandausbau - Glasfaseranschluss für 1.000 Mbit/Sek

Eine Karte mit den Ausbauzuständen in Sachsen-Anhalt ist unter <https://www.geodatenportal.sachsen1anhalt.de/mapapps/resources/apps/schulenansnetz/index.html> zu finden. Das Projekt „Schulen ans Netz“ wurde durch das Land Sachsen-Anhalt beendet. Alle Glasfaseranschlüsse sind durch die Schulträger zu übernehmen. Der FB 06 – IT-Schulen ist informiert

## Tiefbau

### **K 2476 OD Brehna „Goethestraße“**

Zurzeit werden die Arbeiten am Schmutzwasser- und Regenwasserkanal im Auftrag des AZV Westliche Mulde durchgeführt. Die Arbeiten wurden am 29.01.2024 wieder aufgenommen.

### **K 2074 OD Glauzig**

Das Vorhaben wurde an die Bietergemeinschaft KTSB Köthen / Bau- und Haustechnik Bad Düben vergeben. Der Baubeginn ist ca. Mitte März 2024 in Abhängigkeit der Lieferfähigkeit der benötigten Materialien.

### **K 1258 OD Zerbst „Friedensallee“**

Die Maßnahme wurde am 04.09.2023 an die Firma ZETIEBA – Straßen- und Tiefbau GmbH aus Zerbst vergeben. Zurzeit werden die Arbeiten am Schmutzwasser- und Regenwasserkanal im Auftrag des AWZ und der Stadt Zerbst durchgeführt.

### **K 2083 Ortsdurchfahrt Sibbesdorf**

Der Planungsauftrag wurde an die Ingenieurgesellschaft Gürtler & Kaplan Ingenieurgesellschaft mbH erteilt. Zurzeit erfolgt die Ausführungsplanung und Erstellung des Leistungsverzeichnisses.

### **K 2097 OD Wulfen Baumersatzpflanzung**

Die geplante Baumersatzpflanzung entlang der K2097 von Ortsausgang Köthen bis zum Abzweig Zabitz soll im ersten bzw. zweiten Quartal 2024 erfolgen.

### **K 2055 OD Thalheim Baumersatzpflanzung**

Die geplante Baumersatzpflanzung entlang der K2055 von Ortsausgang Thalheim bis zur Brücke über die A9 soll im ersten bzw. zweiten Quartal 2024 erfolgen. Das Leistungsverzeichnis liegt in der Vergabestelle zur Veröffentlichung.

Weiterhin gab **Herr Krüger** den Hinweis, dass sich für jedes Kreistagsmitglied Unterlagen auf seinem Platz befinden bzgl. der vom Landrat zugesicherten Aufstellung der im Jahr 2023 realisierten und durchgeführten Baumaßnahmen.

### **Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

**Herr Wolpert** teilte mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 21.03.2024, 18.00 Uhr, im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung stattfinden wird.

### **Punkt 9. Beteiligungsbericht 2022**

Hierzu gab es keine Nachfragen.

### **Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen**

#### **Punkt 10.1. Schülerbeförderung für das Schuljahr 2024/2025 Vorlage: BV/0921/2023**

**Herr Roi** fragte, ob es möglich wäre, dass Eltern eine Wahlfreiheit haben? Dass anstatt diesem Ticket dann das Deutschlandticket erworben wird, dann aber die Differenz selber gezahlt werden müsste? Dies könnte für die höheren Klassen attraktiver sein und es würde uns nicht mehr kosten. Wäre diese Variante eine Option?

**Herr Eichelberg** antwortete, dass es ab den 11 Klassen bereits möglich ist. Für die 1. bis 10. Klassen eher nicht, da es hier wieder um die Finanzierung geht. Derzeit ist immer noch nicht geklärt, wie das Deutschlandticket am Ende finanziert wird und wenn wir das gewährleisten würden, dann würde ggf. nicht das komplette Geld bei uns ankommen. Wir hätten wieder eine Finanzierungslücke, die auf anderer Seite wieder ausgeglichen werden muss. Momentan ist dies aus der Prüfung herausgenommen. Ist die Finanzierung geklärt, kann aber darüber nachgedacht werden. Theoretisch wäre es möglich, es müsste nur am Ende geklärt werden, wie vereinnahmt man das Geld beim Landkreis oder macht dies komplett das Unternehmen

**(Herr Schönemann gekommen = 46 Mitglieder = 85,19 %)**

**Herr Roi** hinterfragte: für die 11. Klassen wird es erstattet, da übernehmen wir dann die vollen 49 Euro?

**Herr Eichelberg** antwortete, die Schüler-RegioCard gilt nur von der 1. bis 10. Klasse. Gäbe es einen Anspruch auf die nächstgelegene Schule, dann würden wir es als günstiges Ticket erstatten.

**Herr Loth** fragte, ob es eine genaue Zahl der Schüler aus der 11. Und 12. Klasse gibt, die das erstattet bekommen?

**Herr Eichelberg** sagte, dass die Antwort nachgereicht wird.  
Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0921/2023** wurde **einstimmig** mit 46 Ja-Stimmen, bei keiner Enthaltung, bestätigt.

#### **Beschluss-Nr.: 229-39/2024**

Der Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld beschließt auf Grundlage des § 45 (I) Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der zurzeit gültigen Fassung, sowie dem Kreistagsbeschluss vom 15.02.2023 (BV/0679/2022) abweichend von der Regelung in der Schülerbeförderungssatzung zu den festgelegten Mindestentfernungen (§§ 2 und 6), die kostenfreie Bereitstellung (auf Antrag) einer Schüler-RegioCard an alle Schülerinnen und Schüler der 1. bis 10. Klassen der allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Verlängerung des Modellprojektes für den Zeitraum vom **01.08.2024 bis zum 31.07.2025** mit der Option der jährlichen Verlängerung bis zum 31.07.2027 (Laufzeitende Konzession).

#### **Punkt 10.2. Aufnahme eines Kredites** **Vorlage: BV/0929/2023**

(Herr Zimmer gekommen = 47 Mitglieder = 87,04 %)

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0929/2023** wurde **mehrheitlich** mit 45 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, bei 1 Enthaltung, bestätigt.

#### **Beschluss-Nr.: 230-39/2024**

Der Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld beschließt gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 10 i.V.m. § 108 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 3.201.196,24 Euro.

Dieser Kredit wird für die Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus der Kreditermächtigung 2023 aufgenommen.

#### **Punkt 10.3. Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld** **Vorlage: BV/0931/2024**

**Herr Wolpert** schlug vor, in der Diskussion die TOPs 10.3 und 10.4 zusammenfassen, dann aber getrennt abzustimmen. Hiergegen regte sich kein Widerstand.

Der stellvertretende Landrat, **Herr Krüger**, hielt anhand beiliegender PowerPoint Präsentation eine umfassende Rede zum Haushalt.

**Herr Northhoff** sagte, dass ein Haushalt vorliege, der Ausgaben in Höhe von 381.950 Euro umfasst, welcher aber gleichzeitig ein Defizit von 15.781.000 Euro ausweist. Es stellt sich die Frage, ob der Haushalt in dieser Form akzeptiert werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch die Kassenkredite auf 72.000.145 Euro angesetzt sind. Aus den bisherigen Diskussionen zeichneten sich keine Verbesserungen der Haushaltslage in den kommenden Jahren ab. Es sind keine großen Verbesserungen im Land zu erwarten, denn das Land habe mindestens so große Haushaltsprobleme wie wir, aber nach dem letzten Gerichtsurteil steht fest, dass etwas auf Landesebene passieren muss – hier besteht die Hoffnung, dass auch unsere Finanzlage verbessert wird. Es stellt sich weiterhin die Frage, ob trotzdem dem Haushalt zugestimmt werden kann – **Herr Northhoff** sagt ja, denn die freiwilligen Leistungen können somit getätigt werden. Auch die ausgewiesenen Investitionen können zufrieden stellen. Besonders gefreut habe sich **Herr Northhoff** über die jetzt wieder etwas höheren Ausgaben für Straßenbaumaßnahmen, die insbesondere auch den ländlichen Bereich umfassen. Auch positiv zu erwähnen sei die Fortschritt bei der Digitalisierung, trotzdem stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten bestehen, um auf eine Verbesserung hinzuwirken. Zunächst standen 40 Mio. Defizit im Raum, nun sind wir bei knapp 16 Mio. Euro. Diese 40 Mio. Euro dürfen in dieser Größe nicht noch einmal auftauchen. **Herr Northhoff** sagte, dass der Haushaltsentwurf als kein ernstzunehmender Haushaltsplan zu sehen war, denn es handelte sich hier um eine Wunschliste der Fachbereiche. Was die Verwaltung im Nachhinein getan hat, sollte zukünftig bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sofort mitberücksichtigt werden. Dies ist nicht nur eine Sache der Kämmerei, insbesondere die Dezernenten müssen Wert darauf legen, dass eine vernünftige Haushaltsplanung von Anfang an stattfindet. Die Digitalisierung der Verwaltung führt dazu, dass auch Abläufe vereinfacht und übersichtlicher gemacht werden können, dass grundsätzlich auch Personal eingespart werden kann. **Herr Northhoff** hat Hoffnung, dass uns dies weiterbringen kann. Auch bei kleineren Sachen muss geschaut werden, ob diese noch sinnvoll sind, so z.B. das gedruckte Amtsblatt, welches Kosten i.H.v. 200.000 Euro verursacht. Die Fraktion CDU-FDP wird dem Haushalt zustimmen.

**Herr Roi** sagte, dass wir unterfinanziert sind, die Landkreise leiden. **Herr Roi** hatte in immer wieder gesagt, dass man sich über die Frage der Ursachen Gedanken machen muss. Wir müssen uns die großen Ausgaben ansehen und diese dann ins Verhältnis setzen, was im Konsolidierungskonzept steht und was für Vorschläge kommen.

Den Altlandrat Uwe Schulze hatte Herr Roi immer für seine Haushaltsentwürfe kritisiert, wo ein möglichst großes Minus vorhanden war, welches immer kleiner wurde, damit am Ende zugestimmt werden konnte. Herr Graber übertrifft dies, denn zwischen dem ursprünglichen Entwurf und dem heutigen Ergebnis liegen 25 Mio. Euro, hier stellt sich die Frage, wie ernst man überhaupt den ersten Entwurf nehmen kann? Kassenkredit von 72 Mio. Euro, die Zinsen steigen, ein großer Posten Personal von 80 Mio. Euro. Wir müssen alle miteinander nachdenken, wie die Verwaltung so umgebaut werden kann, dass man effektiver und flexibler wird, denn die Personalkosten steigen jährlich, was nicht nur an Tarifabschlüssen liegt, es werden auch neue Stellen geschaffen. Hier muss sich die Frage gestellt werden, ob dies im Verhältnis zu immer weniger Einwohnern steht. Bei 223 Mio. Euro Transferaufwendungen muss nun genau hingeschaut werden, wofür das Geld ausgegeben wird. Im Bereich der Asylbewerberleistungszahlungen gibt es ähnliche Steigerungen, Kinder- und Jugend, wo die unbegleiteten minderjährigen Ausländer enthalten sind, usw.

Es gibt seit nunmehr 5 Jahren zu diesen kritischen Punkten keine Bewegung, es gibt keine Altersfeststellung, keine Änderung im Bereich der Migrationspolitik und seit dem Krieg in der Ukraine haben wir Bürgergeldempfänger aus der Ukraine, die hier im Jobcenter angesiedelt sind. Hier wird die Fraktion AfD als Lösungsvorschlag zu diesen beiden Aspekten je eine Beschlussvorlage in den Kreistag einbringen. Zum einen, dass (wie in Nordhausen) überprüft wird, ob sich die Leistungsbezieher hier aufhalten oder nicht. Zweitens wird die Fraktion AfD zum Thema Asylbewerber dafür plädieren, dass die Bezahlkarte in unserem Landkreis durch Eigenregie schneller eingeführt wird. Hier können deutliche Einsparungen erzielt werden.

Die Politik der Regierung ist die Ursache für die Unterfinanzierung der Kreise, so **Herr Roi**. Als Widerstandszeichen gegen die gesamte Politik bleibt der Fraktion AfD nur die Möglichkeit mit Nein zu stimmen.

**Herr Roi** fragte bzgl. des Urteils zur Kreisumlage in Mansfeld-Südharz, welche Schlüsse für unseren Landkreis gezogen werden? Sehen Sie hier eine ähnliche Problematik?

**Herr Wolpert** antwortete, dass vom Landkreistag Berechnungen angesetzt wurden. Es sind weitere Landkreise, die dort gefährdet sind, der Landkreis Anhalt-Bitterfeld zählt nicht dazu.

**(Herr Honsa gegangen, Herr Wolkenhaar gekommen = 47 Mitglieder = 87,04 %)**

**Herr Schlegel** erklärte, dass sich die Fraktion Freie Wähler mehrheitlich dazu entschlossen hat, diesem Haushalt zuzustimmen. Er weiß, dass es alles nur ein Kompromiss sei, im Wesentlichen geht es für die Fraktion aber darum, dass mit der Zustimmung die Handlungsfähigkeit des Landkreises erhalten bleibt. Es ist gut, dass das Defizit weniger geworden ist als zu Beginn der Haushaltsdiskussionen, nichts desto trotz ist es ein Defizit, das nicht zufrieden stellen kann. Die Gründe hierfür liegen allerdings zu großen Teilen auf Landesebene. Wir wollen unseren Landkreis stärken. Hier ist unsere Aufgabe in Richtung Land gerichtet, notwendige Gelder zusammenzutragen, dass sie in unserem Landkreis verwendet werden können.

**Herr Dittmann** sagte, dass Wunsch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen, es müsste mehr in unsere Infrastruktur investiert werden, als wir können. Aber wir haben zwei dauerhaft reglementierende Faktoren zu beachten, Finanzen und Ressourcen in Form von Material- und Lieferverfügbaren und von Personalmangel.

Ein Defizit von 16 Mio. Euro bleibt eine schlechte Nachricht.

Im Vergleich von Plan und Abschluss der Vorjahre zeigt sich, dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Wir haben deutliche Verbesserungen in der Haushaltsausführung, erhebliche Rückgänge in unseren Verbindlichkeiten und sieht man sich das an, so muss man darüber nachdenken, ob die Festsetzung der Kreisumlage in den zurückliegenden Jahren tatsächlich immer der zwangsläufige Kompromiss war. Damit dürfen wir für 2023 und 2024 aber wohl nicht in solchem Umfang mit Verbesserungen rechnen. Zum Thema Kreisumlage können wir im Vorbericht nachlesen, dass die Kreisverwaltung die Anhörung und Abwägung wohl formell rechtmäßig absolviert hat und die vom VG Halle neu gesetzten materiellen Grenzen werden zum Glück in unserem Landkreis noch nicht erreicht. Insofern bleibt der Haushalt ein Kompromiss der ermöglicht, unseren Landkreis nicht nur lebensfähig sondern bei allen Problemen auch lebenswert zu halten. Sichtbar ist auch, dass unsere Abschreibungen niedriger sind, als unsere Investitionen. Es sagt aber viel über unseren Landkreis aus, dass mehr als die Hälfte der 8,3 Mio. € für Hochbaumaßnahmen in unsere Schulen fließen. Ob der Neubau einer Leitstelle mit voraussichtlich knapp 5 Mio. Euro wirklich eine gute Investition in die Zukunft ist, wird sich zeigen, so **Herr Dittmann**.

Problematisch sind die Ausgaben für unsere sozialen Sicherungssysteme, allein im Teilhaushalt Kinder, Jugend und Familie kommen wir von einem Ergebnis im Aufwand des Jahres 2022 von 83,4 Mio. Euro in diesem Jahr auf 107,8 Mio. Euro, von denen knapp 53 Mio. Euro als Defizit beim Landkreis verbleiben. Allein bei der Hilfe zur Erziehung entwickelt es sich von 20 Mio. Euro zu 29 Mio. Euro, zum Vergleich beträgt der Aufwand für Ausländerangelegenheiten 12,8 Mio. Euro, bei Erträgen 11,5 Mio. Euro, also ein Defizit von 1,2 Mio. €.

Ein Teil unserer Finanzprobleme liegt aber auch im Unterhaltsvorschussgesetz begründet. Es ist ein wesentliches Element unserer sozialen Sicherung. Hier anzusetzen, wie von Herrn Roi ins Spiel gebracht, würde gerade Kinder zu den Leidtragenden machen. Zu reden ist aber

über die Abladung beim Landkreis. Mit aufgelaufenen 40 Mio. Euro Forderungen speisen sich allein hier wesentliche Anteile unserer Kassenkredite. Hier liegt eine klare Verletzung des Konnexitätsprinzips durch den Bund vor.

Fazit: Die Fraktion SPD-Grüne stimmt dieser Haushaltssatzung aus Verantwortung für unseren Landkreis und die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger zu.

Bzgl. der Bezahlkarte sagte **Herr Dittmann**, dass Sachsen-Anhalt aus guten Gründen entschieden hat, sich in das Verfahren mit den anderen Bundesländern einzubinden, um am Ende ein effizientes System aufzuerlegen, was bei der Einführung und Betrieb Synergien zulässt.

Zum Konsolidierungsprogramm sagte **Herr Dittmann**, dass hier ein Änderungsantrag der Fraktion SPD-Grüne vorliegt, darin ist alles begründet. Er soll das System nicht in Frage stellen, nur verbessern.

Auch **Herr Maaß** betonte, dass heute ein Haushalt beschlossen werden soll, der niemanden zufrieden stellen kann. Die Perspektiven für die zukünftigen Haushalte sind nicht minder düster. **Herr Maaß** setzt voraus, dass der Haushaltsentwurf nicht nur mit Wünschen bestückt war, sondern in den meisten Fällen den tatsächlichen Bedarf beinhaltete. Von ursprünglich ca. 40 Mio. Euro Defizit auf nunmehr knapp 16 Mio. Euro Defizit kann kein guter Haushalt entstehen, es heißt konkret Einsparungen bei Leistungen, die eigentlich notwendig sind (Straßen, Schulen, Sozialleistungen, Jugendarbeit).

Sicher gibt es ausreichend Gründe, im Haushalt zu einzelnen Positionen Kritik zu üben, die Hauptschuld an den Haushaltssituationen der Kommunen bundesweit liegt natürlich auch an der Bundespolitik und an den Ländern. Immer weniger Geld fließt bei Übertragung von Aufgaben in die Kommunen, die Ausstattung für übertragene Aufgaben reicht oftmals nicht aus. Wir werden heute einen Haushalt beschließen, nicht weil er gut ist, sondern weil wir ihn für unsere Arbeit in der Erfüllung unserer Pflichtaufgaben und für die freiwilligen Aufgaben brauchen. Wir werden auch 2024 Straßen sanieren, in Schulen investieren, Vereine unterstützen, usw., aber im Hinterkopf immer mit dem Gedanken, es müsste an vielen Stellen deutlich mehr sein.

Als positiv wird betrachtet, dass auch 2024 sowohl bei der Verwaltung, als auch im Kreistag, große Einigkeit darüber bestand, sich relativ schnell für eine Kreisumlage zu einigen. Auch was die Aufrechterhaltung der freiwilligen Aufgaben betrifft, haben wir mit diesem Haushalt eine gute Entscheidung vorliegen.

Abschließend dankte **Herr Maaß** den vielen Ehrenamtlern im Landkreis für ihre unermüdlichen und aufopferungsvollen Arbeiten, trotz der schwierigen Situationen von leeren Kassen und unter schwierigen Bedingungen. Diese Ehrenamtler leisten einen deutlichen Beitrag, dass unser Landkreis weiterhin lebenswert und Heimat ist.

Die Mehrheit der Fraktion DIE LINKE. wird dem Haushalt zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Wolpert** erklärte, dass der stellvertretende Landrat, Herr Krüger, die Änderungsanträge der Fraktion SPD-Grüne so übernehmen würde.

Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

Die Fraktion SPD-Grüne beantragt, dass der Kreistag beschließen möge, im Konsolidierungskonzept unter der Nr. 4 – Übersicht der Haushaltskonsolidierungsbeiträge ab 2023 folgende Änderungen vorzunehmen:

- Unterpunkt 7 Installation von Photovoltaikanlagen (Seite 11) Ersetzung des letzten Satzes durch:  
„Soweit diese Maßnahmen mangels fehlender Personalressourcen nicht zeitnah umgesetzt werden können, sind Alternativen wie die Verpachtung von Dachflächen zu prüfen.“
- Nr. 4.2 Konkrete Maßnahmen / Unterpunkt 1. Hausverkäufe (Seite 14) Fischmarkt 2 in Zerbst/Anhalt Ergänzung in der Begründung durch den Satz:  
„Der Verwaltungsstandort Fritz-Brandt-Straße 16 muss dafür barrierefrei hergerichtet werden.“

**Herr Northoff** sagte, dass zu dem Änderungsantrag intern noch Diskussionsbedarf bestehe. Es sei nicht klar, welche Auswirkungen eine Vermietung hat. Diese hat sicherlich den Vorteil, das auch die Energiewende stärker durchgeführt wird, aber haushaltsmäßig hätte es kaum Auswirkungen, da weiterhin hohe Stromkosten gezahlt werden müssen. Zum zweiten Antrag ist nicht klar, inwieweit diese Baumaßnahmen Kosten verursachen, ob dadurch nicht der mögliche Umzug vom Fischmarkt in die frühere Kreisverwaltung hinausgezögert wird. Es besteht hier diskussionsbedarf und die Fraktion möchte sich heute nicht abschließend festlegen.

**Herr Wolpert** sagte, dass die Anträge von der Verwaltung übernommen wurden und somit Bestandteil der Beschlussvorlage sind. Wenn Herr Northoff diese Anträge nicht haben möchte, so sollte er einen Antrag auf Herausnahme stellen.

**Herr Northoff** sagte, dass er hierzu keinen Antrag stellen wird.

**Herr Wolpert** ließ sodann über die Beschlussvorlage – ergänzt und in abgeänderter Form durch die Anträge der Fraktion SPD-Grüne – abstimmen:

Die **Vorlage 0931/2024** wurde **mehrheitlich** mit 32 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen, bei 5 Enthaltungen, bestätigt.

#### **Beschluss-Nr.: 231-39/2024**

Der Kreistag Anhalt-Bitterfeld beschließt das vorliegende Programm „Programm zum Abbau der Liquiditätskredite im Zeitraum 2018- 2026 – Fortschreibung bis 2032“.

#### **Punkt 10.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 des Landkreises Anhalt-Bitterfeld Vorlage: BV/0930/2024**

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits im Punkt 10.3 mitdiskutiert.

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0930/2024** wurde **mehrheitlich** mit 31 Ja-Stimmen und 10 Gegenstimmen, bei 6 Enthaltungen, bestätigt.

**Beschluss-Nr.: 232-39/2024**

Der Kreistag beschließt die beiliegende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024.

**Punkt 10.5. Nachwahl der weiteren Vertreterin der IHK Halle-Dessau für die V. Wahlperiode der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg  
Vorlage: BV/0925/2023**

Es gab keine Nachfragen.

**Herr Wolpert** schlug eine offene Wahl vor, diesem Vorschlag wurde nicht widersprochen.

Die **Vorlage 0925/2023** wurde **einstimmig** mit 47 Ja-Stimmen, bei keiner Enthaltung, bestätigt

**Beschluss-Nr.: 233-29/2024**

Der Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld wählt Frau Stefanie Schmidt-Pforte, wohnhaft in Bitterfeld-Wolfen, als weitere Vertreterin der Institution IHK Halle-Dessau in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

**Punkt 10.6. Benennung eines beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: BV/0927/2023**

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0927/2023** wurde **einstimmig** mit 47 Ja-Stimmen, bei keiner Enthaltung, bestätigt.

**Beschluss-Nr.: 234-39/2024**

Der Kreistag stellt die Benennung der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fest:

- |                               |   |
|-------------------------------|---|
| - bisheriges Mitglied:        | Herr Andreas Schwendler, Kreiselternvertretung Kita |
| - bisheriges stellv. Mitglied | Herr Christian Heidrich, Kreiselternvertretung Kita |
| - neues Mitglied              | Frau Anna-Sophie Voges, Kreiselternvertretung Kita  |
| - neues stellv. Mitglied      | Frau Nancy Trapp, Kreiselternvertretung Kita        |

**Punkt 10.7. Antrag der Fraktion CDU-FDP zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Bildungs- und Sportausschuss  
Vorlage: BV/0933/2024**

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0933/2024** wurde **einstimmig** mit 47 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, bestätigt.

#### **Beschluss-Nr.: 235-39/2024**

Der Kreistag beschließt folgende Veränderung bei der Besetzung des Bildungs- und Sportausschusses:

**bisherige sachkundige Einwohnerin: Frau Christel Vogel**  
**neue/r sachkundige/r Einwohner/in: Herr Lars Schubert**

#### **Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder**

**Herr Ebert** bat den stellvertretenden Landrat, Herrn Krüger, zu prüfen, inwiefern die Bezahlkarte für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld als Pilotkommune von uns eingesetzt werden kann, insofern die Belange der Wirtschaftlichkeit und der Effizienz der eingesetzten Mittel das Ganze nicht stören.

**Herr Wolpert** sagte, dass es sich hier um übertragenen Wirkungskreis handelt und dies nicht die direkte Angelegenheit des Kreistages sei.

**Herr Krüger** antwortete, dass es 14 Bundesländer gibt, die sich auf die Bezahlkarte geeinigt haben. Im Land Sachsen-Anhalt gibt es die Abstimmung mit dem Deutschen Landkreistag, dass man grundsätzlich geneigt ist, die durch das Land Sachsen-Anhalt anvisierte zentrale Lösung für alle Landkreise zu nutzen. Auch die Intension des Landkreises und des Landrates ist es, dass der Landkreis Anhalt-Bitterfeld dazu bereit ist, zum Beispiel im Rahmen einer Pilotphase hier Verantwortung zu übernehmen. Es wurde Interesse gegenüber dem Land signalisiert, hier auch eingebunden zu werden.

**Herr Loth** fragte bzgl. des vorgetragenen Bauberichtes nach, was zur K 2083 die Gürtler & Kaplan Ingenieurgesellschaft mbH genau gemacht hat? Die K 2050, OT Priorau, ist zum zweiten Mal aufgenommen worden, wird sie dieses Mal auch gebaut oder wird es wieder verschoben? Zur Leitstelle sagte **Herr Loth**, dass hier ein Zaun in Richtung Tierheim stehe, welcher mittlerweile alt und marode sei und fragte, wann der Zaun repariert werde? Auf der L 136 und L 141 wurden teilweise bereits Bäume gepflanzt und **Herr Loth** wollte wissen, ob die Bepflanzung weiter geht? Wie geht der Landkreis mit Anträgen von Kommunen um, wenn diese Wasserblasen errichten wollen? Ist dort eine Baugenehmigung notwendig um den Pflanzenschutz in den Gemeinden zu verbessern?

**Herr Krüger** erklärte, dass die Beantwortungen schriftlich erfolgen werden.

**(Herr Bresch gegangen = 46 Mitglieder = 85,19 %)**

**Herr Mölle** fragte, ob es ein Verfahren gegen eine Bitterfelder Solarfirma wegen illegaler Rodung in der Kieswerkstraße, Gemarkung Ramsin, Stadt Sandersdorf-Brehna, gibt, welche beim Landkreis am 21. November 2023 angezeigt wurde? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden mit welchem Ergebnis dazu eingeleitet? Hierzu bat **Herr Mölle** um schriftliche und fristgemäße Beantwortung.

**Herr Wolpert** erklärte, wenn es eine Antwort geben kann, dass diese im nichtöffentlichen Teil erfolgen sollte.

Weiter gab **Herr Mölle** bekannt, dass er versucht hatte mit 3 Telefonaten im August, September und November 2023 dem Kreistagsbüro die Überzahlung der Entschädigung durch einmalige Aussetzung der nächsten Zahlung zurückzuzahlen, was ihm verwehrt wurde. **Herr Mölle** wollte heute mit 230 Euro in bar gegen eine Quittung diese Überzahlung ausgleichen.

**Herr Wolpert** sagte, dass er seine Überzahlung einfach zurücküberwiesen habe, dann war

es erledigt. Eine Verrechnung sei hier der schwierigere Weg, auch am heutigen Tage Bargeld entgegenzunehmen erachtete **Herr Wolpert** als schwierig

**Herr Roi** erklärte, dass er online nicht die Antworten der Verwaltung zu den gestellten Fragen der Kreistagsmitglieder an den Niederschriften aufrufen kann. Er bat darum, dass die Antworten zukünftig an die Niederschriften angehängt werden, so dass alle darauf Zugriff haben.

Weiter gab **Herr Roi** den Hinweis bzgl. der Bezahlkarte, dass in dem eingereichten Antrag der Fraktion AfD alles enthalten sein wird.

Zur K 2055 hatte **Herr Roi** in der letzten Sitzung des Kreistages nach der Prioritätenliste 2019 gefragt und hier darauf hingewiesen, dass die Priorität 1 in der Ortslage Rödgen lag. Er fragte, warum in Rödgen nicht weitergebaut wird? Ist Rödgen in der Planung gar nicht mehr vorgesehen? Hier bat **Herr Roi** um Beantwortung.

Es gab am Montag ein Zusammentreffen zwischen Landtagsabgeordneten aus der Region und des Umweltausschusses Landtag mit der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Bürgerinitiative Roitzsch in Sandersdorf zum Thema Deponie Roitzsch, die DK 0 und DK 1. Hierzu fragte **Herr Roi** nach dem Bearbeitungsstand und ob es eine offizielle Antwort vom Land Sachsen-Anhalt auf das Schreiben des Landrates gibt? In diesem Schreiben hieß es sinngemäß, dass es das Land machen soll, da wir die Ressourcen und das Personal nicht vorrätig haben und uns außer Stande sehen, dies zu bearbeiten.

Zum Reudener Busch, die Straße von Reuden nach Siebenhausen, sagte **Herr Roi**, dass hier die Wurzeln der Bäume weggefault sind und diese bei Wind und Wetter umfallen (betroffen sind Tiergehege, Rad- und Wanderwege, Straße), dies ist eine große Gefahr. **Herr Roi** fragte, welche Möglichkeiten der Landkreis sieht, z.B. entlang der Kreisstraße eine Schneise zu schlagen, um diese Gefahren zu beseitigen?

**Herr Wolpert** sicherte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

**Herr Loth** fragte, wie viele Tiere in den letzten drei Jahren vom Veterinäramt sichergestellt und in welche Tierheime diese verbracht wurden? Was hat der Landkreis dafür bezahlt?

**Herr Trübner** fragte, ob es mittlerweile eine Versicherung gegen Cyberkriminalität gibt oder ist es geplant, solch eine Versicherung abzuschließen? Gibt es ein Konzept über die regelmäßige Unterweisung oder Schulungen zu aktuellen Cyberkriminalitäten oder Gefahren in Internet?

**Herr Krüger** antwortete, dass auch zum jetzigen Stand keine Versicherung abgeschlossen wurde. Es gibt einen IT-Sicherheitsbeauftragten im Hause, von diesem gibt es regelmäßig Hinweise als auch Angebote für die Mitarbeiter im Haus, es ist auch Teil des IT-Sicherheitskonzeptes.

**Herr Trübner** sagte, dass er es wichtiger findet, wenn hierzu auch regelmäßige Unterweisungen und Schulungen für alle Mitarbeiter stattfinden würden.

**Herr Claus** sagte zur Schülerbeförderung, Ortsteil Wachtendorf und Greppin Richtung Bitterfelder Gymnasium, dass der Schulbus hier nicht mehr fährt, sondern nur noch der normale öffentliche Nahverkehr der Fima Vetter. Die Schüler, welche sonst 07:02 Uhr mit dem Schulbus fahren warten derzeit bis 07:10 Uhr auf den öffentlichen Nahverkehr, welcher nicht direkt bis zum Gymnasium, sondern nur bis zum Rathaus fährt. Dieser ist dann überfüllt, sodass in den Folgeorten nicht mehr zugestiegen werden kann. Zurück fährt schon länger kein Bus mehr (früher fuhr 13:30 Uhr am Gymnasium in Richtung Wolfen/Greppin ein Bus los – jetzt muss am Café Goldstein in fünf Minuten Fußweg der Bus erreicht werden). Hier bat **Herr Claus** um Aufklärung, dass die Kinder zukünftig wieder vernünftig und sicher zur Schule kommen.

**Herr Northoff** sagte, dass der Anrufbus wiederholt nicht zum Anrufer gekommen sei, weil angeblich eine Adresse verwechselt wurde – das hat **Herr Northoff** der Verwaltung mitgeteilt und bat um Übersendung einer Kopie des Antwortschreibens.

Zur Bezahlkarte sagte **Herr Northoff**, dass Hamburg diese mit sofortiger Wirkung eingeführt habe.

**Herr Schönemann** bezog sich auf die Stärkung des Hochschulstandortes Köthen. Wenn der prozentuale Anteil der Studierenden mit ausländischer Herkunft zugrunde gelegt wird, kommt hier der Landkreis ins Spiel, wenn er die Praxis der Aufenthaltstitel darstellt. Im Allgemeinen

sind die Aufenthaltstitel, welche vom Landkreis dargestellt werden, auf ein halbes Jahr begrenzt, in Halle hingegen sind es 2 Jahre; es soll hierzu eine Gesetzesnovellierung im März geben. **Herr Schönemann** regte an, die Möglichkeit auszuloten, den tatsächlichen Aufenthaltstitel auf ein Maximum auszudehnen. Das hat wirtschaftliche Hintergründe für die Hochschule als auch für die Studierenden, welche Sicherheiten benötigen. Hierdurch kann der Standort Köthen gestärkt werden.

**Herr Mölle** bat um einen Brief der Kämmerei, dass er das Geld überweisen kann.

Es gab keine weiteren Anfragen.

**Herr Wolpert** schloss den öffentlichen Teil und unterbrach die Sitzung für 5 Minuten.

gez. Veit Wolpert  
Vorsitzende/r des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld

gez.  
Protokollant/in